HCA
Heidelberg Center
for American Studies

Drohender Rechtsruck am U.S. -Verfassungsgericht, „Iran Ban“ statt „Travel Ban“ und die Flüchtlingsdebatte in der Demokratischen Partei

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 25. bis zum 30. Juni 2018

(hd) Mitte der Woche verkündete Anthony Kennedy, sich aus seinem Amt als Richter des Obersten U.S.-Gerichthofes zurückzuziehen. Kennedys Rücktritt ist ganz zugunsten der Republikaner und kommt knapp ein halbes Jahr vor den Zwischenwahlen der Regierung von Präsident Donald Trump gelegen. Der Supreme Court erklärte diese Woche das Einreiseverbot für bestimmte Länder als verfassungskonform und bescherte Trump einen seiner größten politischen Erfolge bisher. Die Demokraten konnten sich dagegen im Kampf gegen Familientrennung am Grenzgebiet behaupten. Gleichzeitig erhielt aber ihre kalifornische Senatorin Dianne Feinstein Gegenwind aufgrund ihres Nazi-Vergleichs und einer neuen Gesetzgebung.

Nachdem vergangenen Mittwoch bekannt wurde, dass sich Anthony Kennedy in den Ruhestand begeben wird, stellt sich nun die Frage, welche Veränderungen dies mit sich bringen wird. Kennedy gilt als „entscheidende fünfte Stimme“ bei wichtigen Entscheidungen, so die *New York Times* und *Washington Post*. In den letzten Jahren setzte sich Kennedy besonders für die Rechte von Schwulen und Lesben ein, was laut der *Washington Post* viele Konservative verärgerte. Die *New York Times* bemerkt jedoch, dass Kennedy „in dieser Wahlperiode für die Liberalen nichts Wichtiges getan“ und sich konsequent auf Seiten der Konservativen positioniert habe. In Bezug auf die jüngsten Ereignisse habe er sich der Mehrheit vollständig angeschlossen, um Trumps Einreiseverbot für Muslime zu ermöglichen. Der Zeitpunkt für Kennedys Rücktritt betitelt die *Washington Post* als "great election-year gift“. Präsident Trump wird die Nachfolge Kennedys ohne Zweifel zugunsten der Republikaner treffen. Viele Nachrichtenportale, darunter die *New York Times* und *Washington Post*, sind sich sicher, dass die Republikaner die Nachfolge Kennedys noch vor den Zwischenwahlen am 6. November verkünden werden. Sicher ist auch, dass der Rücktritt

Kennedys eine „drastische Veränderung“ für den Supreme Court darstellt und dieser weiter nach rechts zu rücken droht, wie die *New York Times* schreibt. Der *Boston Globe* befürchtet, dass die Auswechslung Kennedys einen entscheidenden Unterschied ausmachen und großen Einfluss auf die Rechte von Schwulen und Lesben nehmen wird.

„Iraner haben es nicht verdient am American Dream teilzunehmen, auch nicht als Besucher“. So beschreibt die *Washington Post* die Entscheidung des Obersten U.S.-Gerichtshofs dieser Woche, ein Einreiseverbot zu verhängen. Das Einreiseverbot bezieht sich auf sieben Länder, von denen fünf eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung haben. Während die *New York Times* diese Entscheidung als „antimuslimische Diskriminierung“ bezeichnet, geht die *Washington Post* sogar so weit zu sagen, dass diese Entscheidung die Aussichten auf Demokratie im Iran schaden könnte. Es sei schließlich nicht nur eine „traurige Ironie“, sondern geradezu eine „Antithese“, dass die Vereinigten Staaten von Amerika als Rechtsstaat ein solches Gesetz verabschieden würden. Dabei galten für Iraner bereits vor dem Einreiseverbot die „strengsten Regeln für die Einreise in die USA“. Und wenn man sich die Zahlen genauer ansehe, so die *Washington Post*, könne dieser „Travel Ban“ auch als „Iran Ban“ bezeichnet werden. Laut der *Washington Post* sei die Entscheidung des Supreme Courts die „grimmige Erkenntnis: Muslime sind in den USA nicht erwünscht“.

Amerikaner aller politischen Überzeugungen waren entsetzt, als die grausamen Bilder aus dem Grenzgebiet zu Mexiko vergangene Woche um die Welt gingen. Die *New York Times* bewertet die Flüchtlingspolitik unter Präsident Donald Trump als „unmoralisch“ und als einen Verstoß gegen die „Grundprinzipien einer Demokratie“. Im Artikel ist die Rede davon, dass die „Gefahr für dieses Land nicht von außen, sondern von innen“ komme. Und obwohl die Demokraten den Kampf gegen Familientrennung am Grenzgebiet gewonnen haben, versuche Donald Trump die „Demokraten für die Katastrophe verantwortlich zu machen“, so die *Washington Post*. Doch nun müssen die Demokraten selbst Kritik ihrer Bürger einstecken. Grund dafür ist ein Nazi-Vergleich der demokratischen Senatorin Dianne Feinstein aus Kalifornien, die sagte “This is the United States of America. It isn‘t Nazi Germany“. Die neue Gesetzgebung, die die „policy of ‚catch and release‘“ erweitern würde, wogegen viele Amerikaner sind, wird in einem Artikel der *Washington Post* als „verhängnisvoll“ und „schlecht verfasst“ betitelt und würde eine „politische Katastrophe für demokratische Senatoren“ darstellen. Immerhin haben die Demokraten das ursprüngliche „giftige Problem“ der Republikaner in eine „Katastrophe“ für sich selbst verwandelt. Der

Artikel endet mit dem guten Rat: “Don‘t compare your opponents to Hitler. And think before you legislate.“

Quellen:

https://www.bostonglobe.com

https://www.nytimes.com

https://www.washingtonpost.com